



Dietmar Hebenstreit
AUF-Zentralausschuss
Vorsitzender-STV



Reinhold MAIER
AUF-Zentralausschuss
Mitglied



Franz HARTLIEB
AUF-Zentralausschuss
Mitglied

Kurz-Infos aus dem ZA

MASSAKONTO NEU

Die Massagutschrift soll in Zukunft **halbjährlich** aufgebucht werden.

Durch die geteilte Aufbuchung könne man flexibler arbeiten und **mehr** Uniformen kaufen.

Die Barauszahlung kann jedes Jahr bis **30.11.** eingereicht werden.

Aufbuchung für **karenzierte** Kollegen: Die Auszahlungsstelle ist die LPD. Es werden die Kontodaten überprüft und danach entsprechend aufgebucht. Dies erfolgt auf Antrag des Beamten.

AUSRÜSTUNG

Die Anschaffung von **Unterziehwesten** und **Stichschutzwesten** wird derzeit geprüft, da es auf Grund der jetzigen

Probleme immer notwendiger wird. Die Abteilung II/2 ist derzeit damit befasst.

Motorradhelme

Diese wurden in Auftrag gegeben. Ca. 160 wurden bestellt.

Taschenlampen

2500 wurden ausgeliefert. Nach Ansicht der AUF/FEG noch immer bei weitem zu wenig.

Wenn man im Februar wegen eines Defekts der Taschenlampe eine Neue haben möchte und die Auskunft erhält, dass die nächste Auslieferung erst wieder im Dezember erfolgt, dann habe ich als Polizist nicht nur kein Verständnis dafür, sondern ich halte diese Gleichgültigkeit des Dienstgebers nicht mehr aus !!!!

KOMMENTAR

von

Dietmar Hebenstreit



Woher soll das Personal kommen?

Endlich geht die Politik den Weg, dass man sich von der "Durchwinkkultur" verabschiedet und die Grenzen sichert und wirklich zu kontrollieren beginnt. Man verkündet, dass jetzt endgültig Schluss ist und dass zusätzlich zu den bestehenden Kontrollen weitere Grenzübergänge im Süden kontrolliert werden. NIEMAND sagt aber dazu, woher man das Personal rekrutieren wird. Die Polizei ist am äußersten Limit angelangt.

Es kann nicht sein, dass ein Großteil der Last auf den Schultern der Polizei abgeladen wird. Unser Polizisten leisten seit Monaten großartige Arbeit und gehen über ihre Grenzen hinaus. Sie werden auf die Reise geschickt und haben zu funktionieren. Auch wenn sich die Vorlaufzeiten für die Kommandierungen verbessert haben, ist es noch immer eine große Belastung. Denn viele Dinge wie Familie oder persönliches Umfeld lassen sich nicht in 72 Stunden lösen, wenn man für 1 - 3 Monate in ein anderes Bundesland geschickt wird. Dazu kommen noch weitere Probleme wie Unterkunft, Dienstsysteemänderung und psychische und physische Belastung. Und natürlich entsteht dadurch auch eine immense Mehrbelastung für jene Kollegen, die auf ihren Dienststellen verbleiben und durch die Abkommandierungen doppelt und dreifach belastet werden.

Hier muss eine Lösung gefunden werden, denn das Problem wird uns wahrscheinlich noch über Monate beschäftigen.

Eine Frage sei mir zum Abschluss erlaubt: Wo sind all Jene, die die "Willkommenskultur" unterstützen. Nur auf den Westbahnhof zu gehen, 3 Semmeln und ein paar alte Kleidungsstücke bringen und sich dann auf die Schulter klopfen, weil man geholfen hat, ist zu wenig. Und wenn alle Stricke reißen, dann wird immer laut nach der Polizei gerufen. Die Polizei soll dann alle Probleme lösen, aber solche Fehler kann nur die Politik lösen.

Auch Polizisten brauchen Hilfe und können nicht ohne Limit belastet werden.

Helfen wir den Polizisten, dann helfen wir auch dem Land und der Politik, meint euer

In dieser Ausgabe:

- ▶ **ANTRÄGE** der AUF/FEG im Zentralausschuss
- ▶ Massakonto NEU
- ▶ Bildung von ODE in allen Bundesländern
- ▶ LLZ NEU
- ▶ Zulassungen E2a-Auswahlprüfung
- ▶ Versorgung in Spielfeld



KOMMENTAR

von

**Reinhold
Maier**



GRENZMANAGEMENT stürzt Polizei in den Ausnahmezustand!

Wir stehen vor dem personellen Kollaps!

Seit Beginn der Migrationsflut Anfang September 2015, ist die Polizei im Ausnahmezustand. Unzählige KollegInnen müssen seit der vollzogenen Willkommenspolitik unserer **rot-schwarzen Bundesregierung** gegen deren Willen an der Grenze Dienst versehen.

Ebenfalls werden täglich zahlreiche Streifen zur **Asyl-Aufarbeitung herangezogen**.

Wie der normale PI-Dienst personell durchgeführt werden soll, will von keinem Verantwortungsträger gehört bzw. kommentiert werden.

Die Probleme an der Grenze, aber auch im Regeldienst werden schön geredet sowie verharmlost - ebenfalls ist die Berichterstattung dementsprechend danach ausgerichtet.

Angemerkt muss in diesem Zusammenhang auch werden, dass die **gesellschaftspolitischen Problemstellungen** in Zusammenhang mit Asylwerbern und den damit verbundenen Amtshandlungen für uns Polizisten zukünftig noch drastisch steigen werden !!!

Wie sollen die zukünftigen **dienstlichen Aufgaben** mit immer weniger verbleibenden KollegInnen in den Bezirken bei jedoch ständig **steigendem Arbeitsaufwand** (auch aufgrund der Asylwerber) zukünftig bewältigt werden???

Zu diesem Thema sind seitens des BMI jedoch bisher keine klaren Aussagen getätigt worden, meint euer

Reini

ANTRÄGE der AUF/FEG im Zentralausschuss

Wie bereits in der vergangenen Woche angekündigt, haben wir im ZA mehrere schriftliche Anträge eingebracht, um die Situation an den Grenzen für die KollegInnen rasch zu verbessern.

Unser Ziel war aber nicht bloß einen schriftlicher Antrag zu stellen, der lapidar an die zuständige Abteilung weitergereicht wird, sondern ein Auftrag an den ZA, **umgehend Verhandlungen aufzunehmen**.

Der Antrag wurde auch von den anderen Fraktionen angenommen.

Unsere Forderungen sind in der Beilage zum Mail ersichtlich. Hier ein Auszug davon:

- ▶ Befreiung der PolizistInnen von artfremden Tätigkeiten
- ▶ Beendigung der bundesweiten Überstundenreduzierungen
- ▶ Entscheidungsfreiheit für alle PolizistInnen, ob Überstunden finanziell oder durch Freizeit ausgeglichen werden sollen

▶ Steuerfreiheit für angeordnete Überstunden

▶ Kein willkürlicher Wechsel von **Dienstsystemen**, die nur der Vermeidung von Mehrdienstleistungen dienen

▶ Sofortiger Ankauf der fehlenden **Schutzausrüstung** und **technischer Einsatzmittel** wie z.B. Stichschutzwesten, Unterziehwesten, Sicherheitsholster mit verstärkter Trageplatte und Taschenlampen.

▶ Eine geeignete Versorgung der Einsatzkräfte muss gewährleistet sein.

▶ Zwangskommandierungen- und zuteilungen sind auf ein Monat zu reduzieren. Freiwillige Zuteilungen bleiben davon ohnehin unberührt.

▶ Aufhebung der Reduzierung der Zuteilungsgebühr ab dem 2. Monat auf 50%

▶ Professionelle psychologische Betreuung der Einsatzkräfte vor Ort, aber nur auf Basis der Freiwilligkeit und durch externes Personal

Zulassungen zur E2a-Auswahlprüfung

Insgesamt haben sich **1016** KollegInnen beworben und **1015** wurden zugelassen. Die laufenden Rücktritte wurden hier nicht einberechnet.

FRISTEN:

Die Anmeldung für das Onlineverfahren muss aus **EIGENEM** durchgeführt werden, und zwar vom

**21.03.16 bis 01.04.16,
13.00 Uhr**

Hier kann man sich dann Tag und Uhrzeit aussuchen. Eine Nachmeldung ist nicht möglich.

Die Onlineprüfungen für den psychologischen Test erfolgen vom

30.05.16 bis 10.06.16

in den jeweiligen Prüfungsorten.

Kursbeginn: **01.09.16**

Rechts die Aufteilung der Bewerber nach den Bundesländern.

GAL - E2a/2016		BEWERBUNGEN			
VERFAHRENSÜBERSICHT: STAND: 22.02.2016		GAL-E2a/2015	ZAHL	m	w
BMI / L P D					
B M I: Zentrale/BVT/BK/BZT/BFA/EKO	5	5	5	0	
Burgenland:	24	15	9	6	
Kärnten:	60	62	40	12	
Niederösterreich:	101	150	123	27	
Oberösterreich:	109	87	63	24	
Salzburg:	72	69	42	27	
Steiermark:	99	86	57	29	
Tirol:	93	73	55	18	
Vorarlberg:	34	28	19	9	
Wien:	451	451	364	87	
EXEKUTIVE - Gesamt:	1048	1016	777	239	
EXTERNE					
Baden		1			
Braunau/Inn					
Bregenz					
Bruck/Mur					
Dornbirn					
Feldkirch					
Hallein		1			
Hohenems					
Kapfenberg					
Kufstein					
Neunkirchen					
Weiz					
EXTERNE - Gesamt:		2	0	0	
Exekutive + Externe - GESAMT:		1018	777	239	

LLZ Neu

Notruf und LLZ NEU sowie ELKOS (Elektronisches Kommunikationssystem)

Es gab und gibt neue Herausforderungen. Ein neues Einsatzleitsystem soll bundesweit die Effizienz steigern und die Kommunikation mit anderen Hilfskräften (Feuerwehr, Rettung) vereinheitlichen.

Außerdem muss **E-Call**, der ab 2017 verpflichtend ist, mit den Notruf 112 erreichbar sein.

E-Call ist ein europäisches Notfallsystem, bei dem Crashsensoren in den Fahrzeugen verbaut werden, die bei einem Unfall automatisch einen Notruf auslösen.

In den letzten Wochen wurden mit den LPD's die ersten Gespräche geführt. Derzeit befindet sich das BMI im letzten Planungsstadium und es erfolgen die Ausschreibungen. Vorbild dafür ist Wien und der derzeitige Stand der Technik.

Bildung von ODE in allen Bundesländern

Nachdem es in den Bundesländern für GSOD-Einsätze nur die EE gibt und diese kaum mehr aus den Stiefeln kommt, wird seitens des BMI angestrebt, **dass in jedem Bundesland ca. 15 - 18% der zur Verfügung stehenden Beamten in einer ODE zur Verfügung stehen.**

Derzeit sind nur 1% der Polizisten im OD verankert. Wien ist derzeit Spitzenreiter mit über 26%.

Es muss daher speziell in den Bundesländern zu einer Entlastung der EE-Kräfte kommen.

Es gibt bereits jetzt einen gültigen ODE - Erlass, der die Errichtung einer Einheit erlauben würde - jedoch keine LPD hat bisher darauf zugegriffen. In der Steiermark war die Gründung einer ODE Einheit mit März (Ausbildung) geplant – dieses Konzept wird jedoch nun verworfen und es wird ebenfalls auf die bundesweite Umsetzung zugewartet.

KollegInnen, die aus der **Grundausbildung** kommen, sollen zur ODE verpflichtet wer-

Bezüglich Personalmaßnahmen werden die Verhandlungen mit dem ZA erfolgen.

Vorteile sollen sein:

- ▶ Einheitliches Leitsystem
- ▶ Einheitlicher Digitalfunk
- ▶ Einheitliche Notrufbearbeitung
- ▶ Zentrale Übersicht der Einsatzkräfte
- ▶ Optimierung des Personals durch Zentralisierung
- ▶ Kommunikationssystem E-Call
- ▶ beabsichtigte Anpassung der E2b— alle EB sollen die Einstufung E2a/1 bis 3 erhalten

Umsetzung:

ELKOS Echtbetrieb in

- Wien 01.06.2017
- NÖ 01.08.2017
- T 01.10.2017
- ST 01.11.2017
- OÖ 01.12.2017
- V 01.01.2018
- B 01.01.2018
- K 01.02.2018
- S 01.03.2018

den, darüber hinaus freiwillige Abgänger aus der EE oder generell Freiwillige. **Es soll niemand zwangsrekrutiert werden.**

Das Personal soll nicht nur aus der PI, sondern auch aus der LVA kommen. **Jedenfalls muss zeitlich nichts übers Knie gebrochen werden, weil die Umsetzung mit dem derzeitigen Personal nicht von heute auf morgen gehen wird. Ein Gießkannenprinzip wird nicht stattfinden.**

Vorgesehen ist ein Ausbildungstag pro Jahr. Es wird auch einen Pool an Sanitätern geben, die dann entsprechend zugeordnet werden. Sie werden bei jedem Einsatz dabei sein.

Ein Erlass wird vorbereitet und dem ZA übermittelt. Jedenfalls soll es bundesweit eine einheitliche Regelung geben.

Die Umsetzung soll erst dann erfolgen, wenn die Beschaffung der Ausrüstung abgeschlossen ist. Diese umfasst Helm, Schild und Einsatzstock, wobei der Helm persönlich zugewiesen wird.

KOMMENTAR

von

Franz Hartlieb



IHR SEID NICHT ALLEIN!

Die Personalvertreter der AUF/FEG werden bei Bedarf vor Ort an den Grenzen sein, um euch in allen Belangen zu unterstützen. Bitte einfach die folgenden VCards mit dem Handy einscannen.

Reinhold MAIER für die StmK



Franz HARTLIEB für Kärnten



Dietmar HEBENSTREIT
für bundesländerübergreifende
Angelegenheiten



AUF uns ist Verlass, meint euer

Fränz

EINSATZVERSORGUNG durch die ZA-Mandatare in Spielfeld

